

Frank Thiel

Eigentumsfrage als zentrale Frage im Programmwurf?

Wenn sozialistische Programmatik von der Frage ausgeht, welche sozialen, ökonomischen, kulturellen und demokratischen Bedingungen der und die Einzelne notwendig braucht, um die Bedingungen der eigenen Existenz selbstbestimmt beherrschen zu können, muss sie auch die Antwort bezüglich der ökonomischen Bedingungen geben, auf deren Grundlage soziale, kulturelle und demokratische Bedingungen geschaffen werden bzw. die Wahrnehmung durch das Individuum ermöglicht wird.

In den bisherigen Debatten zur Eigentumsfrage wird von Vergesellschaftung gesprochen, ohne den dahinter steckenden Anspruch genauer zu erklären, und dazu aufgerufen, die Eigentumsverhältnisse zu verändern. Wirtschaftliche Macht bedeute auch politische Macht, dieses Verhältnis sei umzukehren. Die berechtigte Forderung, nach dem Primat der Politik in der Gesellschaft und nicht der Ökonomie ist tatsächlich notwendige linke Position in der gesellschaftlichen Entwicklung der Gegenwart, um den Transformationsprozess im Sinne des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft voranzubringen.

Allerdings wird dann von der Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft gesprochen und deren Konsequenzen nur vage berührt. Wir können nicht gleichzeitig von der Vielfalt der Eigentumsformen und deren notwendiger Überwindung sprechen.

Wir dürfen nicht nur vom Eigentum an Produktionsmitteln sprechen, sondern zugleich die privaten Geldvermögen bei der Betrachtung von Eigentumsverhältnissen außer acht lassen. Das derzeit „aggressivste“ Kapital in der Wirtschaft ist das am meisten vergesellschaftete, das Finanzkapital.

Vorhandenes öffentliches Eigentum im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist unbedingt zu stärken und auszubauen. Das schließt nicht aus, andere Eigentumsformen in diese Stärkungsprozesse einzubeziehen.

Wenn Eigentum auch der Ausdruck von „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ ist, dann gehört zu deren Überwindung tatsächlich die umfassende Überführung im Gemeineigentum und es bleibe kein Platz für verschiedene Eigentumsformen. Selbst in den akzeptierten klein- und mittelständischen Betrieben bliebe der Ausbeutungscharakter erhalten. Es wäre deshalb konsequent, dann grundsätzlich die „Beseitigung aller Ausbeutungsverhältnisse“ einzufordern, die durch Eigentum bedingt sind. Diesen Schritt will derzeit kaum jemand einfordern. Also bleibt die Frage ob, ob tatsächlich die Eigentumsformen das dominierende Charakteristikum gesellschaftlicher Entwicklung bleiben werden.

Letztendlich bedeutet die geforderte „Vergesellschaftung“ von strukturbestimmendem Eigentum nichts anderes, als die Zusammenführung von politischer und ökonomischer Macht. Ist das eine von der LINKE befürwortete notwendige Alternative?

Vergesellschaftung des Eigentums heißt für uns Bedingungen dafür zu schaffen, dass Eigentum im Rahmen gesellschaftlicher Rahmensetzungen seiner Sozialpflicht und ökologischer Nachhaltigkeit nachkommt. Wesentlich für die Sicherung des Primates der Politik sind die drängenden Fragen der Umsetzung von Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Hier liegt ein enormes Emanzipationspotenzial brach, dessen gesetzliche Grundlagen bereits jetzt gegeben, aber durchaus noch erweiterungsfähig sind.

Der gescheiterte Sozialismusversuch verdeutlicht, dass im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System zwar der Anspruch auf Vergesellschaftung erfüllt wurde, aber die Triebkräfte für gesellschaftliche Entwicklungen unterschätzt wurden.

Will die LINKE einen erfolgreichen Transformationsprozess aus dem bestehenden kapitalistischen System erreichen, muss die Frage nach dem Eigentum eine sekundäre bleiben, nachrangig gegenüber der Forderung, dass Vergesellschaftung vor allem die Sozialpflichtigkeit des Eigentums berührt.

Nach wie vor ist es wichtig, dass unternehmerische Gewinninteressen in allen akzeptierten Eigentumsformen wesentlich für betriebswirtschaftliche Effizienz und Innovationen sind. Aber sozial-ökologische Rahmensetzung für Marktmechanismen muss verhindern, dass private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch verlustreichen Fehlentwicklungen führen. Plan und Markt sind keine unversöhnlichen Gegensätze. Auch im demokratischen Sozialismus wird es Wettbewerb unter den Marktteilnehmern geben müssen, um die Produktivkräfte zu entwickeln

Die Rolle als Organisator und Hüter des Allgemeinwohls müssen Staat oder kommunale Gebietskörperschaften ausüben, dessen Grundlage und die Ausübung der Machtfunktionen durch die Rolle von Demokratie und Bürgerrechten definiert werden. Das ist der Weg für die Wiedererlangung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft.